Rechte und Teilhabe der MigrantInnen und MigrantInnenorganisationen stärken!

Im Frühsommer 2019 stehen die Bezirkswahlen an. Dazu schlagen wir vor, in den Wahlprogrammen und bei Veranstaltungen die Situation der MigrantInnen, ihrer politischen Teilhabe und ihrer Selbstorganisationen zum Thema zu machen und folgende Forderungen zu unterstützen:

- **Das Recht auf Kommunalwahl für alle Bürger*innen ab 16 Jahren,**
  d.h. unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Nationalität (sowohl EU als auch außerhalb der EU). Gleichberechtigte politische Teilhabe haben bisher nur MigrantInnen mit deutscher Staatsangehörigkeit.
- **Eine langfristig angelegte Integrationsarbeit in den Bezirken**
  Dies beinhaltet eine Verstetigung von Angeboten statt einer Aneinanderreihung zeitlich begrenzter Projekte.
- **Die Stärkung der Integrationsbeauftragten in den Bezirken durch einen Ausbau der vorhandenen Stellen und höhere Etats!**
  Dadurch soll die Integration aller Bürger*innen vor Ort gewährleistet werden. Momentan sind die Beauftragten häufig überlastet mit der Arbeit. Pro Bezirk gibt es nur eine halbe Stelle für Integration, in manchen Bezirken noch weniger.
- **Eine Stärkung der Integrations(bei)räte, unter anderem durch Verfügungsfonds,**
  d.h. Finanzierung von Räumen & Sachmitteln, um beispielsweise Veranstaltungen durchzuführen. Aufwandsentschädigungen & Fahrtkostenerstattungen, um allen Interessent*innen eine Teilnahme zu ermöglichen.
- **Mehr Kompetenzen für die Integrations(bei)räte!**
  Mehr Mitwirkungsrechte der Integrations (bei)räte, beispielsweise durch die Möglichkeit in den bezirklichen Gremien Anträge, Anfragen etc. stellen zu können. Momentan können die parlamentarischen Gremien z.B. Empfehlungen der Integrationsbeiräte ablehnen, ohne dies zu begründen. Wir fordern, dass solche Ablehnungen schriftliche begründet werden müssen, da sich die Gremien hier gegen Expert*innenmeinungen wenden!
- **Einrichtung eines Integrationsrates in allen Bezirken (nach dem Modell des Harburger Integrationsrates),**
  der von allen Bürger*innen im Bezirks ab 16 Jahren gewählt wird, der regelmäßig in Entscheidungsprozesse eingebunden wird durch Teilnahme an bezirklichen Ausschüssen und eine eigene Personal- und Sachausstattung inkl. Räumen hat.
- **Mehr Bürgerhäuser, Kulturräume und Kulturläden mit Räumlichkeiten für Migrant*innen- und Geflüchtete, aber auch andere Initiativen, die nicht über eine Infrastruktur verfügen!**
  Informelle Gruppen und eingetragene Vereine, auch von Migrant*innen und Geflüchteten müssen sich sehr oft in engen, privaten Räumen oder in kommerziellen Läden mit Konsumzwang treffen oder in Moscheen. Bürgerhäuser und Kulturläden sollen in der Stadt auch Räume anbieten, in denen sich Migrant*innen und Geflüchtete treffen und AUCH unter sich sein können, um sich Rückhalt zu geben, sich seelsorgerisch zu begleiten und Aktivitäten zu planen. Wir brauchen mehr Öffentlichkeitsarbeit für diese in der gesamten Stadt!
- **Stärkung und Förderung der Migrant*innen(selbst)organisationen,**
  u.a. indem Räume & Sachmittel zur Verfügung gestellt werden, eine dauerhafte Finanzierung von Mitarbeiter*Innen & Arbeitsprogrammen gewährleistet wird statt

begrenzter Projektförderungen und indem den Organisationen Fortbildungen ermöglicht werden.